

Für die Presse

Bonn/Berlin, 30. August 2012

DGB und Justitia et Pax: Menschenwürdiges Einkommen in der globalisierten Welt

„Ohne soziale Gerechtigkeit ist der soziale Frieden gefährdet“, erklärten **Bischof Dr. Stephan Ackermann**, Vorsitzender der Deutschen Kommission Justitia et Pax und **Ingrid Sehrbrock, stellvertretende DGB-Vorsitzende**, bei der Vorstellung der gemeinsamen Orientierungshilfe ‚Menschenwürdiges Einkommen in der globalisierten Welt‘ am 30. August 2012 in Berlin und Bonn. „Wir fordern die Internationale Staatengemeinschaft, insbesondere die Europäische Union und die Bundesregierung auf, ihrer menschenrechtlichen Verpflichtung gerecht zu werden und der massiven Lohnungerechtigkeit entschieden entgegen zu treten.“

Weltweit werden laut Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) 1,2 Milliarden Menschen zu den sogenannten ‚working poor‘ gezählt - Menschen, die weniger als 2 US-Dollar am Tag für ihre Arbeit erhalten. Millionen von Arbeitenden müssen mit einem Einkommen an der Grenze zur Armut leben. Beide Herausgeber sehen hierin einen groben Verstoß gegen die Menschenrechte und eine Missachtung der Würde des arbeitenden Menschen.

„Gewerkschaften und Kirchen sind sich darin einig, dass zu einer menschenwürdigen Arbeit eine gerechte und menschenwürdige Entlohnung gehört. Menschen müssen von ihrer Arbeit ihre Familien ernähren können. Frei von Armut und Not muss die Teilhabe am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben durch Erwerbsarbeit möglich sein“, heißt es in dem gemeinsamen Papier.

„Der Weg aus der Armut führt über menschenwürdige Arbeitsbedingungen und menschenwürdige Löhne. Wenn bei weltweit zwei Milliarden Menschen die Löhne trotz harter Arbeit nicht ausreichen, um sich und ihre Angehörigen zu ernähren, gesundheitlich zu versorgen und zu bilden, dann müssen wir als Kirche die Stimme für gerechte Entlohnung erheben“, betonte **Bischof Dr. Stephan Ackermann**.

Die **stellvertretende DGB-Vorsitzende, Ingrid Sehrbrock**, hob hervor: „Arbeit verdient Würde und das heißt zu mindestens, von seiner geleisteten Arbeit leben zu können. Aber auch das Recht, sich in Gewerkschaften zu organisieren ist eine entscheidende Voraussetzung zur Realisierung eines menschenwürdigen Einkommens. Zu Recht ist dieses Recht in den Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation festgeschrieben. Uns allen kommt die Aufgabe zu, die Organisation aller Arbeitenden - ob formell oder informell - zu unterstützen. Gewerkschaften, zivilgesellschaftliche und kirchliche Einrichtungen können hierbei wichtige Zugänge zu den Arbeitenden eröffnen. Im Interesse aller arbeitenden Menschen müssen wir uns im sozialen Dialog unterstützen und den Austausch und die Zusammenarbeit sowohl national als auch international stärken.“

Weitere Informationen:

Die Orientierungshilfe ist das Ergebnis des gemeinsamen Gesprächskreises ‚Organisationsfreiheit in der informellen Wirtschaft‘ von DGB und Justitia et Pax. Der Gesprächskreis hat sich seit seiner Gründung im Jahr 2006 wiederholt zum Thema Menschenwürdige Arbeit geäußert.

Die gemeinsamen Verlautbarungen sind abrufbar unter:

www.justitia-et-pax.de und www.dgb.de.

Presseanfragen richten Sie bitte an:

Dorothea Braunert

Tel: 030-24060-216

DGB, Abteilung Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

oder:

Dr. Hildegard Hagemann

Tel: 0228-103-317

Geschäftsstelle der Deutschen Kommission Justitia et Pax, Referentin für Entwicklung

Herausgeber:

Deutsche Kommission JUSTITIA ET PAX
Kaiserstr. 161, D 53113 Bonn
Telefon ++49(0)228-103217
Telefax ++49(0)228-103318
e-mail: Justitia-et-Pax@dbk.de
<http://www.Justitia-et-Pax.de>

Redaktion:

Einrichtung der Deutschen Bischofskonferenz
und des Zentralkomitees der deutschen
Katholiken zur Förderung von Entwicklung,
Menschenrechten und Frieden

Gertrud Casel
Geschäftsführerin

verantwortlich:

Dr. Hildegard Hagemann
0228 - 103 317